

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 114 II. Herausg.: Amt für die Presse und Propaganda. Ausgabe: Berlin SW 65, Friedrichstraße 217 B. Herausg.: Amt für die Presse und Propaganda. Nachdruck: Münzstr. 124, Erichshof (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Aboptionspreis für Inland monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 2.00 M.
Anzeigenpreis: die 7 geblattete Mandatstelle 75 M.
kleine Anzeigen: Neubuchstabe 30 M., jedes weitere Wort 15 M.

Auf zum Generalstreik!

Die Kämpfe des 9. Januar.

1. Mittag gegen 12 Uhr Angriff von Regierungstruppen gegen den Mosse-Betrieb, abermals Angriff um 3 Uhr. Die Gegner verwendeten ein Panzerauto. Der Angriff wurde ohne eigene Verluste abgeschlagen.

2. 6 Uhr nachmittags erfolgte ein Angriff von Regierungstruppen auf Bremenstein von der Wilhelmstraße her. Der Angriff wurde abgeschlagen. Der Gegner verlor zwei Tote und mehrere Verwundete.

3. Bei Ullstein wurden Angriffe, die am Mittag erfolgten, abgeschlagen.

4. Die Reichsbudweiser wurde in der Nacht vom 8. auf 9. Januar von Regierungstruppen genommen. Sie ist in freiem Umkreis von Regierungstruppen besetzt.

5. Die Pionierkaserne ist ebenfalls von Regierungstruppen niedergenommen.

6. Angriffe auf den Schlesischen Bahnhof, der von revolutionären Truppen besetzt ist, wurden in der Nacht vom 8. auf 9. Januar abgeschlagen.

7. Das Provinzialamt in der Köpenicker Straße wurde von Regierungstruppen genommen.

8. Kämpfe um den Bahnhof Strausberg blieben unentschieden. Der Bahnhof ist noch im Besitz der Regierungstruppen.

Das Hauptquartier Noske ist in Düsseldorf. Er bildet dort seine Studenten- und Offizierverbände aus, die der Gardebrigade angegliedert sind. Die Haltung der beiden Regimenter ist immer noch vorwiegend neutral. Auf Seite der Regierung kämpfen das 4. Garderegiment und die Maasläser.

Offiziere und Studenten.

Die "Deutsche Tageszeitung" teilt mit:

"Nochmals die in Berlin anteilenden Offiziere sich ... Tatsächlich dem Ebert-Scheidemann-renden ernannten Volkstruppen Noße verzweifelt haben, ob die offizielle Errichtung von Offiziersbataillonen in Angriff genommen werden."

Dies forderten vermag dasselbe Blatt zu berichten:

Nach Fühlungsrahme mit einem Regierungsräte vertiefte Bericht der provisorische Studentenrat eine Versammlung der deutschen Studenten der Technischen Hochschule ein, in der bescheinigt wurde, daß der Government Noske auf das Ersuchen der Studenten geäußerte hat:

"Die Regierung ist für ein energisches Vorgehen gegen alle Republikanten, um die Entente keinen Vorwand zum Einmarsch in Deutschland zu geben. Ich fordere daher die Studentenschaft zur vollen Mitarbeit auf und erkläre sie, sich unter meinen Befehl zu stellen."

gez. Noske.

Die Aktionen im Reich.

In Frankfurt a. M. fand am 8. Januar eine große Arbeiterdemonstration statt. Es wurde verlangt, daß die Amtsverwaltung der Stadt Frankfurt (die dort kurz zuvor von den Arbeitern erklungen worden sind) auch für Frankfurt Geltung haben sollen.

In Bremen demonstrierten gestern die Arbeitslosen vor dem Wahllokal der Demokratischen Partei, weil sie in einer Versammlung dieser Partei Halunken und Gelüste genannt worden waren. Sie stürmten das Wahllokal und warfen das Wahlmaterial auf die Straße.

Der Danziger Volkstrauschuh bei auf Antrag der Unabhängigen Sozialisten, die Amtseinhaber des Oberpräsidenten von Danzig, den Regierungspräsidenten der Stadt, den Polizeipräsidium Wessel und das Landeshauptmann Tensel v. Pilat zu verlangen.

Die oldenburgische Stadt Delmenhorst (in der Nähe von Bremen) ist am 8. Januar von Bremer revolutionären Arbeitern und Soldaten besetzt worden. Bäckermeister und Polizist sind verhaftet. Delmenhorst stand bis jetzt unter Bewahrung der Mehrheitspartei.

Um Mitternacht ist von den revolutionären Bergleuten der Generalstreik erklärt worden.

In Halle ist am 8. Januar die "Hessische Zeitung" von revolutionären Arbeitern besetzt worden. Das Blatt erhält weiter unter der Bedingung, daß in der Zukunft das Organ des Spartakusbundes hergestellt wird.

Ein Schreckschuß.

Um 8 Uhr Abendblatt bringt die Meldung, wonach eine Abordnung der "Spartakisten", die in Berlin im Fliegerbunker vom Soldatenrat die Herausgabe der im Arsenal befindlichen Fliegerbomben verlangte. Der Soldatenrat soll daraufhin rasch

gesamte Lager an Bomben auf freiem Felde in die Luft gesprengt haben, um jeder Überrumpfung vorzubeugen.

Diese Sprengmaschendrohung ist natürlich alther Schwindel und soll wohl als ein Schreckschuß gegen "Überrumpfungen" wirken.

Aufruf zum Generalstreik.

Ein von den revolutionären Obleuten, der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) und dem Verbund Groß-Berliner Wahlvereine der U. S. S. unterzeichnete Aufruf zum Generalstreik ist in geheimer Nachmittag durch Extra-blatt der "Rote Fahne" bekanntgemacht worden.

zu dem Angriff auf die "Rote Fahne"

ist noch mitzuteilen:

In den Abendstunden des 8. Januar hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Freiheit der "Rote Fahne" vom Anhalter Bahnhof aus von der Republikanischen Soldatenwehr belagert werde. Ein Auto mit Bewaffnung rückte auf Befehlung des revolutionären Ausschusses im "Vorwärts" der "Rote Fahne" zur Hilfe. Nach der Ankunft des Autos am Anhalter Bahnhof bereiteten sich zunächst Parlamentäre zu der Republikanischen Soldatenwehr zur Auflösung des Sachverhaltes.

Es stellte sich heraus, daß keinerlei Angriffe seitens der Republikanischen Soldatenwehr auf die Rote Fahne geführt wurden und diese sich zum Schutze des Volkes befand. Gleichzeitigklärten die revolutionären "Vorwärts"-Monturhosen die Republikanische Soldatenwehr über die Ziele und Absichten der Arbeiterschwester auf. Die Ansicht rührte zu einer vollkommenen Verständigung. Gemeinsam wurde ein Beschluss gefaßt, der folgenden Inhalt hatte:

Nach den aufklärerischen Beiträgen zwischen mir und den Parlamentären vom Revolutionären Komitee („Vorwärts“), das den Anhalter Bahnhof belagerte, wird von mir und dem anteilenden Deputierten vom 10. Deputierten der Republikanischen Soldatenwehr die Erförung abgegeben, daß gegen die Redaktion der "Rote Fahne" von Seiten der Bahnhofswehr das Anhalter Bahnhofs nichts unternommen wird. Die Wache ist nur zur Abschaltung des östlichen Verkehrs und zum Schutz des Bahnhofs da, und zwar seit dem 7. Dezember.

Auf diese Erklärung hin vertraten die Parlamentäre, die Straße unceßend von Spartakuskämpfern zu räumen, die Belagerung des Bahnhofs aufzuheben und mit Waffen abzufeuern. Von der Wache des Bahnhofs werden hierbei Schwierigkeiten nicht gemacht.

gez. Gen. Wallen, Gefr. M. W.

gez. Anat. Leibführer, 10. Deput.

gez. Urmser, Kommandantur Berlin.

Die Misshandlung des Roten Kreuzes durch Reiterunsturken.

Die Besatzung der Firmen Mosse, Ullstein, Scherl und W. T. G. berichtet:

Am 9. 1. 1919 um 9 Uhr früh haben 5 Männer der Regierungstruppen (Suppe-Garde) an der Ecke Schützen- und Lindenstraße einen Soldaten entgriffen und niedergeschossen.

Unsere Sozialdemokratischen wollten den Schwerbewaffneten unter dem Schutze des Roten Kreuzes holen. Sie wurden von einer Nebenwache entgriffen — mit Schüssen bearbeitet und gefangen genommen. Um den Schwerbewaffneten haben sich die Regierungstruppen nicht gekümmert. Derselbe ist daher unverletzt auf dem Platz vor dem Friedhof verblieben.

Wir fragen: Was ist eine Regierung wert, deren Verteidiger die einfachen Menschenfeinde mit Schüssen treiben?

Die Besatzung der Firmen And. Mosse, Ullstein, Scherl u. W. T. G. bestehend aus Hunderten klassenbewußter Arbeiter und Soldaten der U. S. S. und Kommunistischen Partei

Die Regierung Braunschweig.

Landes der Regierung in Berlin folgendes Telegramm:

Die heutige Regierung protestiert energisch gegen die Verhängung des Belagerungszustandes sowie gegen die dort seitens getroffenen Maßnahmen zur Niederringung der Revolution. Rötigensoll wird von uns mit allen verfügbaren Mitteln eingegriffen, um die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterstützen.

Merges, Präsident.

Der Todeskampf

der Ebert-Scheidemann

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Die Herren Ebert-Scheidemann-Noske haben verhandelt: sie haben mit kommissarischen Freunden im lautesten Wasser der Wechselzeit geslackert und mit betriebsreicher Hilfe sich an die zottig Männerarbeit geschlagen. Und irgendwo haben sie gehofft, haben die Truppenderbände von Berlin "neu grapiert", während die Kriegsmilitär Reinhardt das ausdrückt, haben Unterstützungen hergeholt aus Berlin und wer weiß woher, haben die Öffiziere zu Bataillonen zusammenge stellt und die ganze Gegend revolution bewaffnet und glaubten, nun sei die Zeit, wo sie den deutschen Proletariat Spanien kommen könnten.

In dem Auftau an ihre "Wittlinger" von gestern fröh sagen die Herren:

"Entscheidende Maßnahmen werden nicht lange auf sich warten lassen. Gründliche Arbeit wird getan werden ... bald nur noch kurze Zeit gewölk. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen ... Die Stunde der Abrechnung nah.".

Damit haben die Ebert-Scheidemann-Noske sich einen gehoben zu der Höhe, auf der die Massenschächer aller Staaten und Länder standen: angefangen bei den blutigen Unterdrücken der Steueraufstände im alten Sparta und angehören bei den Henkern der russischen Revolution von 1905 und bei den Fortsetzern dieses Werks im Jahre 1917 und 1918, über denen damals schon die edle Dreitugend Ebert-Scheidemann-Noske segnend die Hände hielt.

Und zur selben Stunde, da die gemieteten Schergen bedrängten Kapitalismus diesen Schrei nach Blut und Nachrichten lassen, brechen sie die Machtdurchsetzung ab. Durch die falsche, stürmische Januarnacht machen die Rauten, Cohn, Bieg zu ihren Auftraggebern, um wieder einmal die Feststellung zu machen, die in allen Revolutionen der Welt gemacht worden sind: daß sie etwas anderes sind als ein Handel um einen Betrag und daß der weltgeschichtliche Kampf, der Kapital und Arbeit trennt, ausgetragen werden muss und nicht ausgehandelt werden kann.

Doch immerhin: sind diese Belehrungen von der ersten Stunde an erfüllt zu zweien, so haben sie doch einen Wert, die brutale Geiß, mit der die Ebert-Scheidemann den Verhandlungsspielraum umgedreht, hat auch dem letzten Proletarier gezeigt, daß diese Emporkommunisten die heute den Knüppel des Kapitalismus in Händen halten und sich dabei noch "Sozialisten" heißen, daß Blutergieben um des Blutergiebens willen gewollt haben, sie brauchen Proletarierblut, um ihren Dienstherren zu beweisen, daß sie ihren Dienst am Kapital getreulich erfüllen wollen, Proletarierblut soll den Bund festigen, den Scheidemann-Ebert mit den deutschen Bourgeoisie auf Ewigkeit geschlossen haben.

Das Proletariat hat die Lehren in dieser Stunde zu ziehen.

Alle Illusionen über die Funktion der Ebert-Scheidemann sind jetzt zerstört. Vorbei sind die Zeiten, da sie — schon mit der Bourgeoisie zusammengehend — noch von den Interessen des Proletariats sprachen, vorbei die Zeit, da sie noch von Freiheit und Brüderlichkeit sprachen, um hinter joller Brüder ihres Kämpferrevolutionären Stolze zu verborgen. Sie sind die Henker im Namen des Kapitalismus und tragen das Gewand ihres unehrlichen Gewissens offen. Sie sind jetzt klarlich der Feind des Proletariats geworden.

Das Proletariat, das jetzt mit Ebert-Scheidemann ringt, ringt jetzt um die Zukunft des Proletariats schlechthin. Seht, wie sich der Kampf gestaltet hat, sind alle Nebendinge abgesunken. Wer redet von Eichhorn noch? Wer noch vom zentralistischen Staat? Wer noch von Nationalversammlungswahl? Diese Frage geht jetzt auf Sein oder Nichtsein des Proletariats.

Das Proletariat hat jetzt auch keine schwere Waffe ergriffen; es hat den Generalstreik proklamiert. Nun diese Waffe ergriffen ist, muß sie geführt werden mit der Schärfe: alle Röder stehen still! Die Bourgeoisie, die es noch nicht weiß und ihre Freiheit, die es wissen können, werden erkennen, was hunderttausende von Proletarierarmen wirken können, wenn sie feiern.

Auf zu den Waffen!

Und sie mögen auch erkennen, was diese Worte vermögen, wenn sie tätig sind. Das Bürgertum schließt keine Reihen; die noch nicht entwaffneten Offiziere werden von Ebert-Scheidemann doppelt und dreifach bewaffnet, die Bürgerwehren schwämmen ihre Matrizen und die Suppenarbeite geht an die Maschinengewehre. Die Revolution schreibt in tödlicher Gefahr. Die Hunderttausende von Proletariern, die in diesem Kriege das Waffenhandwerk getanzt, sie müssen jetzt ihre Kunst erweitern. Jetzt müssen ihre Kreaturen sich formieren, was wir in den langen Wochen seit dem 9. November täglich gefordert haben, das macht dieser erste schwere Kampf, diese erste wirkliche Revolution zur Tat: die rote Garde.

Und diese erste wirkliche Revolution holt auch nach, was die vom 9. November nicht bringen konnte. Die Arbeiterräte aus jenen Tagen sind keine Organe der Macht geworden. Sie führen das hämmerliche Leben von Pflanzen, die nicht ans Licht kommen. Sie müßten in den Fabriken weichen der Allmacht der Gewerkschaftsvolkstrotz und mutigen im Politischen zwischen den Landtagsdemokratie: sie sollten demokratisch unter dem Dachhauss der Nationalversammlung ein wenig ehemaliges Vorgründnis finden.

Sie müssen nun den ersten Feld des Sieges der rechten Proletariertrevolution werden. Der Krieg: Nieber mit Ebert-Scheidemann, der heute zum Schachzug des kämpfenden Proletariats geworden ist, muß seine erste Verwirklichung finden in den Arbeiterräten. Hieraus müssen alle Ebert-Leute aus den Arbeiterräten! Kein bewußter oder unbewußter Dienstbote des Kapitals darf in den Arbeiterräten sitzen! Die Arbeiterräte der Arbeit und nicht dem Kapital: das ist die Parole.

So ruft sich jetzt vor dem kämpfenden Proletariat die Aufgabe seines Ringens in ihrem ganzen Umfang auf.

Der Kampf auf den Straßen und in den Fabriken Berlins ist auch der der Arbeiterschaft von ganz Deutschland. Die Genossen im Reiche erkennen ihre Pflicht. Aus allen Teilen des Reiches kommen die Nachrichten, daß das Proletariat den Kampf gegen gewonnen hat, mit Spannungserregungen, mit Unterdrückung der Bürgerlichkeit und Scheidemannspartei, mit Verteilung. Die Scheidemann-Ebert werden ihre Wunder erleben. Das Deutschtum, das sie ausseitendergetrieben haben, daß es in Fabriken und Nationen zu versallen drohte, wird jetzt eine wunderbare Auferlebung haben: daß Proletariat Altbürtiglands vereint im Kampfe um seine Zukunft. Es steht und kämpft nun, das Berliner Proletariat, für sich, für Deutschland, für die Proletariaten aller Welt. Noch nie ein Kampf soher, noch nie einer gerechter, noch nie einer von höherem Zweck in der Geschichte. Und die Scheidemann-Männer? Mag es gehen wie es will: sie haben den Untergang vor Augen. Siegt die Revolution, so kennen sie ihr Geschick. Und wenn die Gegenrevolution siegt? Ach, die schon bewaffneten Offiziere, die bewaffneten Bürgerwehren und die Suppenarbeiter werden sich noch bessere Dicker suchen, als es die Ebert-Scheidemann-Gesellen sind.

Die siegende Gegenrevolution, die das Proletariat nur hemmen kann, wird sie in den Tod tragen. Und keiner wird sein, der nicht ins Grab ihnen nachziehe: sie haben ihr Schicksal verdient!

Politische Übersicht.

Einigung!

Eine Massenversammlung der Arbeiter und Gewerkschaften der A. G. W. und der Schwarzbörsen im Humboldthain hat gestern vormittag den Beschluss gefaßt, eine Einigung zwischen den Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Sie hat eine Kommission gewählt, die sich zur Regierung begeben und die heutige über die Verhandlungen Bericht erstatten wird.

Der Beifall der Genossen und Gewerkschafter der A. G. W. und der Schwarzbörsen ist sicher sehr gut gemeint. Wir kennen diese Genossen, die in allen revolutionären Unionen Vertraut mit an der Spitze marschierten, die zu dem überwältigendsten Aufmarsch des Berliner Proletariats gehören. Über der Blaueule, die Kämpfe der Revolution durch die Parole der Einigung erwartet zu stanzen, ist eine Illusion, und die jüngste aufrichtiger Führer der Revolution ist, die Arbeiterschaft vor Illusionen zu warnen.

Ein gefunder, wohner Kern steht in der Aussöhnung der Schwarzbörsen- und A. G. W. Arbeiter: das ist die Tat, daß alle Arbeiter dieselben Klasseninteressen haben, daß für sie alle Kapitalismus eine Hölle und der Sozialismus die einzige Rettung ist. Dennoch müssen alle Arbeiter eine einzige Partei bilden, die revolutionäre sozialistische Partei, — wenn sie ihre Klasseninteressen richtig vertragen werden. Das ist eben die Frage!

Würde unter allen Arbeitern über ihre wahren Interessen und Aufgaben völlige Stilleheit herrschen, dann würde die Einigkeit aller Arbeiter eine kinderleichte Sache, eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu ist aber leider nicht zu. Die sozialen Unterschiede in der Lage verschiedener Arbeiterschichten, die besonderen geschäftlichen Zuständen ihrer Entwicklung bringen es mit sich, daß verschiedene Kreise der Arbeiterschaft in verschiedenen Tempos die Klarheit über ihre Klassenlage erreichen, auf verschiedener Stufe der politischen Reife stehen.

Wie wäre es sonst möglich, daß heute noch zahlreiche Arbeiter sich im Schlepptau so offenkundiger Verehrer und Feinde des Proletariats befinden, die die Scheidemann-Männer? Wie wäre es möglich, daß zahlreiche Arbeiter sich noch vor dem jämmerlichen zweideutigen Politik eines Hauses mit Genossen einsingen lassen? Alle diese Unruhen auf Seiten der Arbeiter lassen sich nicht durch das bloße Schlagwort von der „Einigkeit“ aus der Welt schaffen. Die Einigkeit ist nur dort keine bloße Phrase, wo ihr gleiche Neuerzeugung, gleicher Weiß, gleiche politische Reife zugrunde liegen. Es geht ist es nur eine

strukturell zusammengetretene Einigkeit, die nichts als ein Karrenhaus ist und nur ersten Proben wie Spree im Winde zerstreuen wird.

Die Revolution braucht eben fesselfeste Kämpfer, völlig feindselige Massen, sie braucht Arbeiter, die wohl wissen, woran es sich handelt, was auf dem Spiele steht, welche Wege und Ziele zu wählen, welche Kampfmethoden einzuhalten sind.

Mit Arbeitern, die heute noch den blutbefleckten Ebert-Scheidemann ihre Unterstützung bieten, und auch mit solchen, die unter faulen Führung sich auf Kompromisse mit Ebert-Scheidemann einlassen, ein Zeigenblatt für sie abheben wollen, ist eine Einigung für revolutionäre, zielsklare Arbeiter unmöglich.

Nicht durch Einigkeit zur Macht, sondern durch Macht zur Einigkeit führt der Weg. Die gütigstearteten Proletarier müssen eben erst politisch reif und klar werden, und die Revolution wird sie schon dahin bringen. Was die Revolution aber künftig bringt, ist ihre Scheidung und Entscheidung, nicht das Erranken oder prinzipiellen und politischen Gegenseite in einem unterschiedlosen Frei.

Die Revolution lernt nur ein Gründede-Eder, sie spricht: wer nicht mit mir ist, der ist wider mich! Keine Verschüttungen, keine Harmoniedilei, wo es aus ganz geht! Die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie hat zur Gemüte befehlt, daß die Macht nicht bei den mechanischen Anhängergruppen geblieben ist, sondern dort, wo klare Erkenntnis und revolutionärer“ ist. Der 9. November war getragen von der Leichtigkeit. Vorstellung, daß eine Zusammenkopplung von „Sozialisten“ Scheidemannscher Haltung, mit Halbsocialistischen sozialer Gattung unter der Lösung „Einigkeit“ eine wirklich revolutionäre und sozialistische Politik ermöglichen würde. Das Ergebnis war: der 6. Dezember, der 24. Dezember und die heutige Krise.

Das scheint den Leuten doch genug! Arbeiter, die heute noch nicht begreifen, wo Feind, wo Feind steht, sind noch nicht politisch reif. Der weitere Gang der Dinge wird sie befehlten. Und je entschlossener und ehrlichstloser der Kampf um die stellvertretenden Massen geführt wird, um so rascher wird das erfolgen. Das Blutvergießen führt einzeln und allein auf das Gewissen der Ebert-Scheidemann. Je energischer der Kampf der Massen sie hinweisen wird, um so geringer werden die Kosten dieser Kämpfe sein.

Der Stoßtrupp der Reklamierten und Unabhängigen.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Zur Sicherung der Republik!“ Sie von Verbrechern verschrobene Ordnung und Sicherheit unserer Reichshauptstadt erfordert unverzüglich eine reelle militärische Maßnahmen. Die Sicherung unserer Freiheit und Ordnung wiederherzustellen. Ihre Pflicht ist es, ihr Brot zu holen. Wir fordern jeden waffenfähigen gesetzestreuen Mann auf, sofort in die Republikanische Volksarmee einzutreten.

Wiederholte Befehle des Regiments Meiningen, Thüringen, Kaiserliches 4. Garde-Regiment in Fuß, bei der Garde-Kavallerie-Division, Leib, Bodenfelde, Altona.

Die Befehlungen sind: Mobiles Geschütz für alle Dienstreise und 5 Woch pro Kopf und Tag, lange Kundgebung, freie Unterbringung und Verpflegung, Entlassungsfest und Entschädigung.

Keiner darf zurückbleiben!

Auch der gestern verharmelte Bürgerrat hat sich einstimmig zu den Befehlen gemeldet!

Befehl aus!

Der Bürgerrat von Groß-Berlin.

Dr.-Ing. W. Koch.

Der Aufruf ist bestimmt für die Situation der Ebert-Regierung: die revolutionären Arbeiter stehen gegen sie in Waffen, die Soldaten nicht daran, für sie zu fechten, und es muß diese Meinung aufgerichtet an — die bewaffneten Genossen. Bürgerkrieg und Bourgeoisiegruppe, daß eine bedroht das andre.

Und wer sind diese Bürger, die Rosse für 5 Mark läufig sind?

Es sind die wohlbeladenen Gestalten der Stellungsmänner und Unabhängigen, die Männer, die ihren Ehrennamen vorzugsweise als hoffnungslosen Staatsräuber ausstellen, der Stoßtrupp der Soldaten und Borodophys — die sich allerdings von Holstoff darin unterscheiden, daß sie zwar humoristische Gesellen sind, aber keinen Humor haben.

Wir werden Erkenntnissen diese Galionsfigur für ihren Rolle herengiebt geben wird!

Scheidemanns Begleitmusik.

Dom berüchtigten „Deutschland Meine Brüder“, eine der vielen Firmen, unter denen das Berliner Aufmärtig als „neuerste Presse“ auftritt, gab Scheidemann eine Erklärung für den Konsum des Auslands ab, die ja sehr bemerkenswert klang:

„Für das Ausland müssen die Nachrichten aus Berlin verbreitet und vor allem verbreitert werden. Kommt Bericht von geschlossenen Stellen müssen den Eindruck machen, daß in Berlin ein einziges geschlossenes, auf dem nur ein einziger Krieg obliegt. Sie als Ausländer müssen es besser. Sie sehen, wie sich abgrenzen von einigen Punkten und Straßen, die sozialistische Geschäftsräume ruhig weiter entwickeln. Sie wissen, daß der größte Teil Groß-Berlins von den Vergängen nahm und überdröhrt ist. Das soll natürlich die Bedeutung und Gefährlichkeit der sozialistischen Bewegung nicht verdecken, deren Gewaltigkeit entgegenzuwirken wir entschlossen sind. Wir haben dabei nicht nur den größten und besten Teil der Berliner Arbeiterschaft, sondern Bevölkerung junger als, jünger auch höher gebildet. Sie haben uns in dieser Kämpfen für die Sache des Ansehens unseres Landes oder gar unseres persönlichen Prestiges. Sie können mir glauben, wie als in der Reichsregierung gingen sie hier hinein als wogen, wenn wir unter unseren persönlichen Wünschen Rechnung tragen durften, aber wir wissen, daß unter diesen Zonen von uns jenseits, daß wir Muße und neue Möglichkeiten für Arbeit und Aufbau haben, und diejenigen fordern wollen und können wir uns nicht ergehen! Wir werden unsere Mission durchführen!“

nicht mit militärischen Strengmitteln, sondern mit dem Volk und seinen Kräften, die uns mit jedem Tag zahlreicher zukommen. Es ist eine Aufgabe, die freiwillige Wehr zu organisieren. Vor allem aber haben wir eine Pflicht: die Regierung verhandlungsfähig zu machen und zu erhalten!

Wir brauchen den Frieden, daher ist es unsere Pflichtigkeit, alles zu verhindern, was ihn gefährden könnte! Die Schlammfeste haben aber in der Reichskanzlei. Der Kampf gegen ihn ist ein Kampf um den Frieden! Wir haben die Revolution unter der Parole Fried und Freiheit gemacht. Das bleibt unser Programm, bis wir mit ökonomischer Entschlossenheit durchführen werden gegen jeden, der den Frieden in Frage stellt und die Freiheit bedroht.“

So lädt Scheidemann ins Ausland, während die Massen und die Eliten die „millionären Straßenzettel“ werden drücken und eingerichten, die nach Scheidemann nicht angemeldet werden sollen. Sie rechnet wohl damit, daß ausländische Berichterstatter die

Vorbereitungen der Ebert-Regierung nicht sehen und ihre öffentlichen Werbaufzüge nicht lesen.

Scheidemanns Hinterhöfe zu Rosses Rüstungen sind ganz dem Betzmann eingelaufen.

Ludendorff und Tippit.

Ihre Stunde hat wieder geklingt, wenn die Ebert-Regierung sich noch hält. Gestern Abend wurde die Nachricht in die geplanten Räume lange, Ludendorff sei mit Erstaunen der Ebert-Regierung wieder auf deutschem Boden.

Die „Deutsche Zeitung“ begiebt ihren Helden stolzlich — für den Fall, daß er da ist, und sie fordert ihren Helden Nr. 2, Tippit, dessen Anwesenheit noch unbekannt ist, auf, ebenfalls auf die Bildfläche zu erscheinen.

Die beiden Massenmöchtegern werden gerufen, um die Kommunikation zu übernehmen, für die die Gegenrevolution die Stände für gekommen geglaubt.

Die beiden Revolutionären protestiert selbst sich selber Einschätzung an.

Die beiden Revolutionären werden dringlich gewünscht für ein Revolutionstribunal.

Wels in Frankfurt a. O.

Im Schuhhof des Reichstagsbaus hatten sich Dienstag wieder die Bürgermeister und Beamten Frankfurts eingefunden, um ihrem Nationalversammlungsabgeordneten Blut-Wels zu applaudieren. „Wir werden die Straßen Berlins von den Arbeitern, jetzt in dunklen Elementen und Mächten, die die Freiheit und das Recht des Bürgers bedrohen, säubern!“ sagte Wels vorwiegend auf die Gewerkschaften, die sehr stark vertreten waren, konnten ihre Erregung kaum meistern. „Marschennörder!“ „Blutbund!“ donnerte es dem Vertritt minutenlang entgegen. Als Genosse Otto Steinle-Berlin als erster in der Diskussion des Wort ergriff, erhob sich ein unbeschreiblicher Lärm. Die Versammlung wurde gesprengt und die Genossen von der Kommunistischen Partei und der K. S. P. verzweigten sich unter freiem Himmel. Es entstand sich eine Diskussion, in der einmütig rotes und energisches Handeln beschlossen wurde.

Wels mit großem Erfolg hat Wels sein inemorates Treiben fortgesetzt. Er hat in der Räte des Leibgarde-Regiments & die Kommanden aufgerückt, die revolutionären Soldaten abzutreiben, und den Kommanden Peiers vom Wallzugset, der den Zwischenfall machte, „Insekte Lüge ist es, was sie behaupten!“ mit Erbittern bedroht.

Aus den A.- und S.-Räten.

Prinzipiell

Der Aufsturz der Berliner Studenten zum Eintritt in die freiwilligen Regierungstruppen, besonders aber seine Bekämpfung durch das Regierungsmaterial Nr. 214, bedeutet eine Verhöhung der sozialen Resolution, eine Verleugnung des revolutionären Ergebnißes und ein Entstehen in das Gefühl jedes ehrlichen Sozialisten. Eine Regierung, die den Krieg von 1914 wieder heraufschreibt, die einen neuen Kriegszustand einlädt und das Volk abermals zur Schlachtfeld führen will, können wir nicht mehr folgen. Wir müssen Männer, welche die Zeichen der Zeit nicht zu deutet wußten, die sich auf neue Kompromittieren, und die „Bürger“ gegen die Arbeiterschaft gehen, unser Vertrauen versagen und fordern deshalb den Rücktritt von Scheidemann, Ebert, Schönberg und Noske. Die neu zu bildenende Regierung muß mindestens aus zwei Kommunisten, zwei Unabhängigen und zwei Sozialdemokratischen bestehen.

Oberster Marinerrat der Niederrhein.

Günser-Ausschuß.

Ein Beitrag des Oberausschusses.

In der Volksversammlung vom 9. Januar des Reichstags des Reichs-Marine-Amts und des Marineministers wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Es ist ungemein wichtig, daß ein großer Teil des Proletariats das Auscheiden von Ebert, Scheidemann, Noske und Landsberg aus der Regierung fordert.

Zur Vermeidung des Bruderkrieges bittet der Soldatenrat die genannten Regierungsräte, zugunsten von Sozialdemokraten, die sich rücksichtslos auf den Boden des Erfurter Programms stellen, zurückzutreten.

Es einer wichtigen Ausdeitung für den Oberausschuss

Wentzel des Marinas

Kommt es am Dienstag mittag vor dem Reichs-Marine-Amt in der Königin-Auguststraße. Ein schwer unerträglich erreichender Zug von Militär- und Zivilpersonen mit roten Fahnen und Kundgebungen im sozialistischen Sinne, der mehr als 1000 Teilnehmer vereinigte, nahm in der Königin-Auguststraße Aufstellung. Der Führer des Zuges richtete eine Ansprache an, die auf dem Gaßon verkannten Angehörigen des 53er Ausschusses. Der Marine hat das revolutionäre Vorgehen der Marine für die Entwicklung der Revolution hervor und schafft sie im einzelnen, wie bedeutsam die Teilarbeit und dauernde Kontrolle durch eine Vertretung der gesamten Marineangehörigen im Reichs-Marine-Amt erscheint. Es forderte die 53er auf, in dem bisherigen Sinne weiter zu arbeiten und festzustellen gegenüber einem Vertretungen der Regierung, die verrückt wollte, daß Wirkung einer derartigen sozialistischen Einheitsbewegung durch die Marine einzudämmen. Das vorbildliche Wirken der Marine in Gestalt des 53er Ausschusses müßte vielmehr auch von der Marine ebenso angestrebt werden, die sich durch die Regierung des Reichsministeriums und anderer Reichsstädtler und hauptamtliche Einflüsse im sozialistischen Sinne sichern muss. Im Auftrag des 53er Ausschusses sprach Berlemann, dankte für die bedeutsame Kundgebung und versprach, daß der Generalrat der Marine sich nicht vertreiben lasse vor der Durchführung seiner geplanten Aufgaben, daß er ausschalten werde im Sinne der ihm von der gesamten Marine übertragenen Pflichten. Wenn die Regierung entschlossen das Wirken des 53er Ausschusses als vorwiegend und wichtig im Interesse ihrer Sicherheit erachtet, so kann sie jetzt die Mitarbeit einer solchen Vertretung einzurichten versucht und damit der gesamten Organisation der Marine neue Erfolge bereitstellen. Gerade die neueren Errichtungen von den Hauptquartieren der Marine lassen erkennen, daß die Kommanden auf ihrem Standpunkt verharren und die Weiterarbeit eines bezüglichen Ausschusses an der höchsten Verwaltungsstelle der

Reichs-Marine-Komitee, als eine Bedrohung der Sicherung der geheilten Aufgaben anzusehen.

Unter Hochrufen auf die Marine und seinen See-Ausschuss, auf die sozialistische Republik und, wurde sich der eindeutige Demonstrationszug weiter durch die Straßen Berlins.

Weitere Kundgebungen der Marine für den 53er Ausschuss (Zentralrat) der Marine.

Ob sind hierzu folgende Resolutionen eingeflossen:

"Der 21er Mai 1919 haben wir als Vertreter der Marinemarines der Nordsee erheblich protestiert gegen die beschäftigte Reduzierung des 53er Ausschusses (Zentralrat) der Marine auf 5 Mann. Sie durch den 53er Rat bisher ausübt Kontrolle im Reichsmarine-Am. kann nicht durch eine geringe Zahl weiterhin ausgeübt werden. Unter Einfluss der Marine auf die Entwicklung ihrer ureigensten Angelegenheiten gäben ihr damit verloren. Der absolute Einfluss würde in die Hände derjenigen zurückgespielt werden, die zu belohnen wir als revolutionäre Sozialisten die Pflicht haben. Wir erklären im Namen der Marinemarines der Nordseestationen, daß wir unter allen Umständen darauf bestehen werden, daß mindestens 25 Mitglieder des Zentralrates der Marine als oberste Kontrollbehörde des Reichsmarine-Am. weiter fungieren. Wir informieren die Marine darüber, daß wir, falls die Volksschauspieler sich weigern, ihr nachzugeben, sämtliche Gewalten des 53er Rates zurückzugeben und daß von diesem Augenblick an die Verhüllungen, die vom Reichsmarine-Am. erlassen werden, für uns keine Gültigkeit besitzen."

Oberster Soldatenrat ist:

Nach Vereinbarung mit Nordseestation haben wir daran fest, daß eine Reduzierung des Ausschusses unter 25 Mann nicht stattfinden darf. Wir fordern für unsere Vertreter nicht nur beruhende Stimme, sondern das Recht der Selbstbestimmung in Marinangelegenheiten. Ob die bisherigen Vertreter bleiben oder abberufen werden, wird nach besprochen."

"Die am 5. Januar 1919 tagende Volksversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburg stellt sich auf den Boden der sozialistischen Republik und erklärt, daß es unabdinglich notwendig ist, daß Reichsmarine-Am. weiterhin unter der Kontrolle des 53er Ausschusses bestehen zu lassen und die Arbeiter in den 53er Ausschuss aufzunehmen, um zu verhindern, daß nicht mit den Soldaten des Deutschen Volkes gemeinschaftet wird wie früher. Sie fordert die Wiederaufnahme der traditionären Beziehungen und fordert von dem 53er Ausschuss, mit allen Mitteln die Rechte der Marine sowie der Verbände der Marine-Exors-Bünde zu verteidigen zur Verstärkung der sozialistischen Wirtschaftsweise. Sie fordert die Einführung ähnlicher Ausschüsse bei sämtlichen Reichsbürgern. Sollte die Reduzierung zur Durchführung gelangen, behält sich der Arbeiter- und Soldatenrat weitere Maßnahmen vor."

Aus der Internationale.

Im Urteil der Internationale.

Das Organ unserer Freiheitlichen Genossen, das "Volksgesetz", fällt über den Haushalt des Ratskongresses, die Handlung der Scheidemänner, folgendes vernichtende Urteil:

"D. R. Die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands stehen in ihrer Reichskonferenz sich selbst das Todesurteil geprägt. Ohne Glorien an die Zukunft der Revolution, aber sie das Dasein ordant, ohne Stärke über ihre Angabe als Komplizen des Proletariats, haben sie jeden Kontakt mit den revolutionären Massen verloren und eindringt in die Hände der Reaktion abgedrängt. Als in den Novembertagen die Welle der Revolution über Deutschland dahinrasste, wurden überall, auch im hintersten Südbund, Arbeitergruppen gebildet, die nicht nur der Form, nicht dem Inhalt nach Organe der Revolution waren. Nur so ist das gänzliche Ver sagen ihrer Abgeordneten in Berlin erklärlich, die den Ansturm der revolutionären Deputation der Berliner Arbeiter englisch schwanden lachten und den marxistischen Vorsitzern der proletarischen Partei, Böhmisch und Jugo-Lugsemburg, den Zutritt zur Konferenz verweigerten.

Aber der Strom der Revolution geht weiter, unbeherrschbar von die Phantasie der kleinstädtigen Jünger. Im Augenblick, wo die Reichskonferenz die Frage der Sozialisierung von der Tagessordnung streicht, verläufen zahllose Streiks in Berlin und im Reich, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in sein aktuelles Stadium eingetreten ist. Aber verlangen die Arbeiter im Hauptgebiet nicht mehr Lohnerhöhungen, sondern die Sozialisierung der Bergwerke. Ihr eigenmächtiges Vorgehen unter Ausbildung der alten Gewerkschaften, die Gesellschaft, in denen sich ihr Großteil mögigt, zeigen, daß sie nicht gewußt sind, aus welchen Schlüssen zu warten. Und im Augenblick, wo die Reichskonferenz die ganze Macht den Volksschauspielern übergeben hat, läuft der siegreiche Aufstand der Marinemarines, der sich die üblichen Berliner Truppen anschlossen, erkennen, daß der Boden unter der Regierung Scheidemann zu wenden beginnt.

"Zum Glück ist Berlin nicht ganz Deutschland!" hat Scheidemann in der Konferenz ausgerufen. Allerdings, aber das Scheitern der Revolution wird sich nicht in Pommeren oder Westfalen entscheiden, so wenig wie die Politik unseres Bundes in - Gemanen gemacht wird. Berlin und die norddeutschen Städte sowie das sind die Hochburgen der Pionierpartei; die Berliner Arbeiter und die Kölner haben sich schon durch den Pionierkrieg und die Kölnerkriege als die Söhne des breiten Proletariats erwiesen. Von ihnen wird die Revolution immer neue Impulse erhalten. Sie werden den Gewaltthäusern der zentralistischen Partei und ihrer Unterstützung auszufestigten Truppen ansetzen". Sie legten Tage hervor gezeigt, daß die Söhne der Arme, die bisher die treue Dienerin der Generalsoldaten waren, in der revolutionären Atmosphäre Berlins die Reaktion in den Hintergrund brachten. Sie haben gezeigt, daß die Revolution sich weiterentwickelt. Und diese Entwicklung wird die Nationalversammlung, wenn sie überhaupt ansteht kommt, so wenig anhalten können, wie jetzt die Reichskonferenz. Mit eiserner Faust, ihren Gewehren zum Tode, ihren leidenschaftlichen Freunden zum Tode, wird sie sich auszeichnen im der Befreiungskampf des deutschen und des Weltproletariats.

Die Entwicklung wenigen Tage hat diesem Urteil recht gegeben. Sowohl steht die Arbeiterschaft Berlin, der ja die Massen der großen Städte schon anlässigen, um Anfang der großen Auseinandersetzung mit den Bourgeoisie. Wie wird des Urteil des Internationale erst laufen, wenn sie hört, daß in diesen Kampf die Ebert-Noske-Scheidemänner

Studentenaktionen und Offiziersaktionen gegen die Einheitsfront des Proletariats organisieren?

Die deutschen Arbeiter Amerikas feiern die Revolution.

In den Tagen vom 13. bis 17. November wurden in New York, Brooklyn, Chicago und anderen Orten Arbeiterversammlungen zur Feier der deutschen Revolution veranstaltet. In New York zogen am 13. circa 5000 Männer und Frauen mit wehenden roten Fahnen bei dem Liede der Internationale, Marschallaise und anderer Weisen, revolutionäre Lieder singend und Hochrufe auf die deutsche Revolution, die russische Republik und die internationale Arbeiterbewegung ausbringend, durch die 5. Avenue nach Carnegiehall. Studenten mit Inschriften wie "Proletariat aller Länder, vereinigt euch", "Begräbt Kapitalismus mit Kaiserium", "Siebzehn ist frei, wie steht es mit Deus?" u. a. mehr wurden im Range getragen. Unterwegs warf sich eine Enzahl Matrosen und Soldaten auf den Zug, um den Teilnehmern die roten Banner zu entziehen, so daß es zu einer Schlägerei kam.

Trotz dieses Neversolls und eines Aufgebots von hunderten von Polizisten war und innerhalb Carnegiehall herrliche in der Versammlung eine begeisterte, kompakte rote Stimmung. Alger non bee entbot unter schrillstem Kreischen den Millionen Proletariern der Zentralmächte die Grüße der amerikanischen Arbeiter und sagte: "Wir erneuern unsere Grüße an die russische Republik und hoffen, die Sozialisten werden imstante seit, ihre Hände den Arbeitern von England, Frankreich und der Vereinigten Staaten zu reichen. Wir senden unsere Grüße auch jenen Männern und Frauen, die für politische Vergehen und ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse im Gefangen sind."

Ein anderer Redner verurteilte aufs scharfe jede Unterstützung imperialistischer Staaten in die heimliche Revolution. So wie den Mexikanern müsse man auch den Deutschen und den 180 Millionen des russischen Volkes erlauben, ihre eigene Rettung zu bewerkstelligen und auszuarbeiten. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, fuhr er fort, daß auch wir ein Teil der Welt sind und daß die sozialistische Partei das Volk zur Freiheit führen muß.

In der Brüsseler Versammlung bezog sich Alvaro da Costa, Mitglied bei von den deutschen Besatzen geflüchteten sinnigen Arbeiterregierung, die deutsche Revolution mit den Worten: "Vor wenigen Wochen war Deutschland für uns ein Symbol der Unterdrückung und des Todes. Heute wollen wir Ihnen die ersten sein, die die deutsche Revolution begrüßen. Es sei die deutsche Sozialdemokratie, es sei sie die deutsche Revolution."

Parteinachrichten.

Magdeburg.

Ein als den ältesten Vorträts weit überragendes Blättchen dürfte wohl die Magdeburger Volksstimme bezeichnet werden. Mit allen nur möglichen denkbaren schönen Worten verachtet sie die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung in Demokratie zu erhalten. In ihrem letzten Vortrage, welcher mit den Worten: "Wohnsitz als Methode überschrieben war, machte sie heftige Propaganda gegen links und batte damit, wie weit sie auf den Boden der Gegenrevolution geraten ist und somit verbündet von der Arbeiterschaft hohlläufig zu werden.

Nicht aber allein die Presse reicht nach solch übler Lust, sondern vor allen Dingen auch die Parteileitungen beider sozialdemokratischen Parteien. Wie weit dieses Tatsache ist, beweisen folgende Erklärungen:

Aus dem Urteil "Der Bluthund" in Nr. 4 der "Volksstimme" kann herangeleitet werden, daß ich in der Matrosenversammlung aufgefordert habe, die Wohnung des Genossen Beims zu kürzen. Temporeiter stelle ich fest, daß von mir eine solche Forderung nicht ergangen ist. Sie ist durch einen Zwischenfall aus der Versammlung gefallen.

Ich habe auch niemals partizipistisch gewirkt, ich habe lediglich die mit bekannten Leuten festgestellt. Im weiteren verweise ich auf die vorstehende Erklärung des Exekutivausschusses des Arbeiters- und Soldatenrates Magdeburg.

Ganz, Bod.

Mitglied des Exekutiv-Ausschusses der Soldatenräte des 4. U.-R.

III.

In der Nr. 4 der "Volksstimme" ist von Beims behauptet, daß ich in dem Verdacht stehe, Vertretermann des Spartakusbundes zu sein. Ich erkläre hiermit, daß ich der Unschuldigen sozialdemokratischen Partei als Mitglied angehöre und in dem Spartakusbund in keiner Beziehung steht und auch die Funktionen des Spartakusbundes nicht teile.

IV.

Die am Sonntag den 5. Januar verabschiedete Funktionäre bei Sozialdemokratischen Betrieb Magdeburg haben einstimmig beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Die sozialdemokratische Partei Magdeburgs ist entschlossen, jeden Tagstritt auf die persönliche Sicherheit und auf das Eigentum mit außerster Energie abzurütteln, kommt der Angestellten von welcher Seite er wolle.

Die Sozialdemokraten im Gewerkschaftsbund werden beschworen, für die Unterwerfung unchristlicher Elemente aus der Bürgerwehr nach dem Wahlregiment zügigstes zu sorgen. Da die Mitglieder des Spartakusbundes in den letzten Wochen bemüht haben, daß sie nicht die Gewalt für die Sicherheit der Person und des Eigentums hätten, so können die Funktionäre deren Entfernung aus der Bürgerwehr und dem Wahlregiment.

Die Funktionäre bedauern, daß die Materialienform von unchristlichen Elementen abgetötet wird, um kapitalistischen Taten zu verhindern. Sie wünschen, daß die wirtschaftlichen Wettbewerbe möglichst fortgesetzt werden, sagten die besseren unchristlichen Elemente losgelassen werden.

Die Funktionäre erachten den Vertretern des Sozialdemokratischen Vereins im Gewerkschaftsbund den Genossen Wittmann und Beim, sowie dem Genossen Werner einstimig ihr Vertrauen aus. Nachdem das Gewerkschaftsbund mit Alfred Ebert öffentlich erklärt hat, daß es mit der Spartakusbewegung nichts zu tun habe, sondern lediglich unabhängige Gewerkschaften seien, soll erneut die Funktionäre, daß sie gegen ein weiteres Zusammenarbeiten der Parteien des Sozialdemokratischen Vereins mit Witter im Gewerkschaftsbund eingewendet haben.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg.

J. L. 2018 Döhren.

Wang antwortet, aber kennt die Arbeiterschaft. Als am Sonntag in der Wollhalle stattgefunden Versammlung der

U. S. S. brachte hierfür die besten Beweise. Als Referent war Dörrmann bestimmt, welcher aber am Schluß verhindert wurde. Der Saal war überfüllt, so daß noch ein zweiter Platz für Verfügung gestellt werden mußte. Als Redner sprachen nun die Unschuldigen. Es folgte Dr. Hösin, der sprach über die vorgeschichtliche Entwicklung des Krieges und lehrte in einem proklamatorischen Referat, welches wieder durch noch Fuß hatte und stets mit dem Stoff "Schiff" unterbrochen wurde, über allgemeine Tatsachen. Seit die Tagessession drohte in die Versammlung ein anderes Bild.

Als erster Redner sprach Genosse Böhlauer. Er berichtete vor allem die wortfeindliche Politik der Unschuldigen und forderte zu einer klaren Scheidung auf. Unter anderem führte er aus: "Unsere nächste Aufgabe ist eine klare Scheidung vorzunehmen und uns entweder für rechts oder links zu bekennen. Einen Mittelpunkt gibt es nicht. Wo wir hinommen werden, wenn wir die Politik der rechtsstehenden Parteien blühen, beweisen uns die Tatsachen, die sich seit dem 8. November abgetragen haben. Wir können den sozialistischen Staat nur aufstellen, wenn wir die 'Weltrevolution' entsenden. (Sturmabmarsch Weißensee.) Wenn auch die kommunistische Partei heute noch eine Wiederheit scheint, so wird sie in nächster Zeit verdauen, daß hinter ihr die Massen stehen." (Sehr richtig.)

Nach ihm sprachen noch zwei weitere Redner, welche sich keinen Ausführungen anschlossen.

Eine Resolution wurde im Sinne dieser Ausführungen angenommen und mit einem Hoch auf Dr. Bleibtreu.

Die Zukunft wird zeigen, wohin die Fahrt geht.

Vorlesung der Arbeiterräte.

Die Arbeiterräte der Freikörperkriege und der Marine, die klassenfeindlichen Wohlfahrtsbuden, hielten am 8. Januar eine Vorlesung zur Aufstellung von Richtlinien für die Arbeiterräte des Landes. Die Konferenz nahm einstimmig die beiden Richtlinien folgende Richtlinien:

1. Der Arbeiterrat einer zusammengefügten Gruppe von gleichartigen Betrieben ist die höchste Instanz in allen technischen und kaufmännischen Fragen der Betriebe, der er als Arbeiterrat betrachtet.

2. Gleichzeitig hat der Arbeiterrat das verbindliche Recht aller ihm angehörenden Betriebe.

3. Die Betriebsinhaber sind verpflichtet, jedem Arbeiterrat einen Betriebsrat einzurichten, der die Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten einzureihen.

4. Bei Differenzen über Sozial- und Arbeitsbedingungen zwischen Betriebs- und Betriebsräten und Arbeiterräten wird eine Regelung zwischen den Parteien nicht treffen, der Arbeiterrat soll die Entscheidung ergründen.

5. Die Arbeiterräte sind von der Kommune zu entscheiden, ob eine Abrechnung über Sozial- und Arbeitsbedingungen zwischen Betriebs- und Betriebsräten und Arbeiterräten zu machen ist.

6. Die Arbeiterräte sind von der Kommune zu entscheiden, ob der Arbeiterrat gehoben werden soll.

7. Die Arbeiterräte sind von der Kommune zu entscheiden, ob die Zahl der Betriebsangehörigen zu berechnen ist.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar gleichfalls zur Aufstellung von Richtlinien für die Arbeiterräte Magdeburg überwiesen:

1. Bekleidung der Arbeiterräte während ihres Geschäftes einer festen Uniform.

2. Gleichzeitig haben der Arbeiterrat und die Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten ein verbindliches Recht aller ihm angehörenden Betriebe.

3. Beteiligung an öffentlichen, wie den Regierung zu verantwortenden Betriebs- und Betriebsräten und Kaufmännischen Angestellten.

4. Automobilfahrt in Gewerkschaften und Betriebsräten (Stadtgebiet).

5. Beteiligung bei Abrechnungen über Gehaltsänderungen betreffend Wirtschaftsfähigkeit von Gewerbe und Handwerk. Eine Regelung zwischen den Parteien nicht treffen, der Arbeiterrat soll die Entscheidung ergründen.

6. Die Arbeiterräte sind von der Kommune zu entscheiden, ob die Zahl der Betriebsangehörigen zu berechnen ist.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten. Sie verlangen daher die Gründung des Arbeiterrätes des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen einstimmig folgende Richtlinien:

Die in den kaufmännischen Betrieben tätigen Mitglieder der Arbeiterräte haben aus ihrer praktischen Erfahrung heraus die unbedingte Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterräte und der Arbeiterräte des Landes und Kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeiterräte der sozialistischen Betriebe, die am 7. Januar Stellung nahmen, beschlossen

zugesetzlich die Kontrolle über alle, daß Arbeitsverhältnis betreffenden Maßnahmen der Betriebsräte übertragen wird. Diese Kontrolle soll sich in jedem Unternehmen mit den in den Sitzungsbetrieben vorhandenen Arbeiterräten vollziehen. Um diesen hierzu die Möglichkeit zu geben, muß ihnen in allen Betriebsräten Bezeichnungen und Funktionen Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Die Kreisräte sollen darüber hinaus bei den vorhandenen bzw. neu zu schaffenden Organen der neuen Regierungsdarstellung liegen.

Des Weiteren wurden folgende Richtlinien dem Volkszugrat übergeben:

1. Die Arbeiterräte haben innerhalb aller Betriebe entscheidenden Einfluß auf Produktion, Lohn- und Arbeitsergebnisse ausüben. Sie haben in der Sicherungskraft für die Unternehmensleitung der Produktion zu sorgen und ihre Aufmerksamkeit und Energie auf die schlanke Sozialisierung der industriellen Großbetriebe zu richten.

2. Der Arbeiterrat jedes Betriebes ist der Direktion und dem Ausschlußrat mit Sich und Stimme bei allen zu erledigenden technischen und kaufmännischen Angelegenheiten gleichberechtigt beizutreten.

3. Der Arbeiterrat hat das Recht, gewählte Personen für die Belebung der Geschäftstätigkeit der verschiedenen Ressorts heranzuziehen.

4. Der Arbeiterrat ist für sämtliche Angestellten und Arbeiter die höchste und lebte Instanz.

5. Vorstehende Anordnungen finden fiktivische Anwendung auch auf alle Reichs-, Landes- und Kommunalbetrieben, sowie auf alle Betriebsgesellschaften und rein Kaufmännischen Privatbetriebe.

Der nochstehende Entwurf soll später abgelehnt. Die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiters- und Angestelltenabstimmungen und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten bietet eine Grundlage für die Neugestaltung des Wirtschaftslebens und des Arbeiters-

Die Arbeiterräte der Staats-, Reichs- und Kommunalbetriebe tagten am 8. Januar. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

Die Arbeiterräte der Staats-, Reichs- und Kommunalbetriebe schließen sich den von den Vertretern der Berliner Großbetriebe vorgetragenen Richtlinien an unter Streichung des zweiten Teils des Abzugs 2 der Forderung, da dieser für die Staatsbetriebe nicht in Frage kommt.

Des Weiteren wurde die von den Arbeiterräten der Großbetriebe eingetragene Resolution zu 1 einstimmig, zu 2 gegen 10 Stimmen angenommen.

Um Unstimmigkeiten zu vermeiden, wird bemerkt, daß vorstehende Maßnahmen nur Vorschläge der einzelnen Betriebsgruppen sind, die der Ausführung der Tarifvereinbarung des Groß-Berlinen u. - und S.-Rats bedürfen. Der Volkszugrat wird die gemachten Vorschläge zusammenfassen und den Entwurf der nächsten Vollversammlung vorlegen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Sohabebewegung bei den rheinischen Metallwerken.

Düsseldorf, 8. Januar. Bei den rheinischen Metallwerken ist eine größere Ausstandsbewegung gegen lohnverbesserungen und Erweiterung der sozialen Einrichtungen im Gange.

Der Eisenbahnerstreik in Danzig.

Die "Deutsche Tageszeitung" berichtet:

Danzig, 6. Januar. Eisenbahminister Hoff und Unterstaatssekretär Haussmann haben auf den Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerverbänden und den Streitenden vermittelnd eingegriffen. Die Eisenbahner werden in ihren Löhnern den Arbeitern der staatlichen Werken gleichgestellt, die einen Höchstlohn von 2,40 M. erhalten.

Aus Groß-Berlin.

"Die gewissenlosen Arbeiter."

Die "Tägliche Rundschau" schreibt zu dem Versagen der Gas- und elektrischen Leitung in den westlichen Vororten am Mittwoch:

... entstand in den westlichen Vororten und in einigen südwestlichen einer förmliche Panik dadurch, daß die Versorgung mit elektrischem Strom ausfiel. Bis in die späten Abendstunden waren die auf elektrisches Licht angewiesenen Straßen und Wohnungen in Dunkel gehüllt, und es verbreitete sich das Gerücht, daß Spätabends die Elektrizitätswerke bricht und zerstört hätte. Die Ursache war jedoch ein Streik der Arbeiter im Vorortelektrizitätswerk, über dessen Verlauf näheres noch nicht zu ermitteln war. Teilweise konnte die Versorgung durch Akkumulatoren in den späteren Abendstunden wieder durchgeführt werden, jedoch reichten die Reserven offenbar nicht aus, um alle von dem Streik betroffenen Vororte zu versorgen.

Der Streik bei so wichtigen Werken in dieser Zeit Vollschwermus ist, sollte den gewissenlosen Arbeitern energisch zu Gemüte geführt werden.

Gleichzeitig sieht die Wasserversorgung des Westens und Südens aus. Hier soll es sich jedoch nicht um Streik handeln, sondern um eine Betriebsstillung. Diesenfalls führt die Angst vor völkerlicher Unterbindung der Wasserversorgung zu einer ungeheuren Wasserabschöpfung, denn die Haushalte lassen, um für den Abend und für morgen Wasser zu haben, alle verfügbaren Gefäße voll Wasser laufen. Dadurch würde die Leistungsfähigkeit des Charlottenburger städtischen und des privaten Werkes am Morgen so vermindert, daß zeitweise kaum Wasser aus den Leitungen fließt.

Die südliche Wasserwerke Berlin sind jetzt von 100 Mann Regierungstruppen besetzt. Die Forderungen der Arbeiter sind zum allergrößten Teil bereitwillig, so daß vorausfig die Gefahr eines Wassermangels beseitigt ist. Auch die Differenzen mit den Arbeitern der anderen häufigen Werke sind durch Einwilligungen von hohen Löhnern vorläufig beigelegt worden.

Streik wegen Lohnforderungen ist Vollschwermus, der den gewissenlosen Arbeitern energisch aufgetrieben werden muß. Um besten mit blauen Bohnen nach dem Ebert-Scheide-

Der andere "Vollschwermus".

Infolge des Streiks der Waggonföhre und Schaffner unterblieb gestern der Verkehr der Großen Berliner Straßenbahn. Gestern Abend wurde er aufgenommen, aber auch nur ziemlich unregelmäßig, was zum Teil auf die revolutionären Ereignisse in der Stadt zurückzuführen war. Die "Tägliche Rundschau" weinte zu dem Streik:

Die Berliner müssen also die Wirkung des Vollschwermus aufstreichen der Straßenbahner vornehmlich auch heute noch erledigen und mit der gewünschten Zeit für lange Wege zur Arbeitsstätte aufzubrachten.

Die Direktion ist für das kapitalistische Blatt natürlich ganz schuldig, die Schuld kommt nach seiner Ausschöpfung auf den "Vollschwermusstreik der Straßenbahner".

Arbeiterräte!

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und Soldatenräte findet am Dienstag, den 14. Januar, vor mittags 10 Uhr, in den Germaniasälen statt. — Alles Nähere wird noch bekanntgegeben.

Am Freitag, den 10. Januar, in den Sophienfelden stattfindende Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte haben die Groß-Berliner Arbeiterräte keinen Zutritt, sondern nur die Mitglieder der Arbeiterräte, die in den Stadt-, bzw. Gemeindeverwaltungen die Kontrolle ausüben. Die Mitglieder der kommunalen Arbeiterräte erhalten die Einlaßkarten von ihrem Vorstand. Der Volkszugrat der A. und S.-Räte Groß-Berlins.

Die neue Zeit.

In den Fabrikbetrieben in Groß-Berlin herrschen zurzeit unglaubliche Zustände. Gewalt wird so gut wie gar nicht, weil es an Kohlen, Schmieröl, Rohstoffen mangelt. Die Arbeitzeit ist überall verlängert, trotzdem werden die Löhn weiter gezahlt, ohne daß Belohnung geleistet wird. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen politisierten, halten Betriebsversammlungen ab, bekämpfen sich gegenseitig und ziehen dann getrennt auf die Straße, um zu demonstrieren. Die Unternehmer müssen die Zeit des Demonstriers und Diskutierens voll bezahlen. Die Arbeitnehmer sind bei diesen politischen Versammlungen viel mehr beteiligt als die Männer." So zu lesen in der "Deutschen Tageszeitung" vom 9. Januar.

Versammlungs-Kalender.

10. Januar.

Freie Jugend, Ziegelsberg, Freitag, den 10. Januar, findet im Jugendheim, Döllstraße 22, eine Versammlung statt. Tagesordnung: "Die politische Lage". Referent: Dr. Kern. Vorreferent: Dr. Friede. Schöneberg, Freitag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung des Sparausschusses Bezirk 11 in der Aula der Gemeindehalle, Seestraße 36-57. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Arbeiter, sammelt für den Kampfsonds des Spartakusbundes!

Zeitungshändler und Abonnenten des Südostens

erhalten die "Rote Fahne" durch
Siedlung Stott, Manteuffelstraße 28.

Niederverdienst.

Eisenhändler, Soldaten, Arbeitslose zum Vertrieb des neuesten Liebes

Der Sozialteamarist
der Letzten.
Preis 15 Pf.

1000 Stk. M. 60.—

Zeitung,

Breitenhagener Straße 31 m.

Werkzeuge,

Mleinmaschinen, Motoren, Apparate, Kupferdrähte sowie sämtl. elektrische Materialien samt sämtl. Elektromotoren aus, welche Straße 18 (Alexanderplatz) Telefon: Alexander 4782.

An die Zeitungs-Abonnenten der "Roten Fahne".

Wir bitten alle Freunde, die unsere Zeitung abonnieren wollen, sich an eine der nachstehenden Zeitungs-Speditionen zu wenden.

Der Abonnementspreis beträgt pro Monat M. 1,50.

Die Zeitung wird täglich morgens ins Haus geliefert.

Groß-Berliner Zeitungs-Spedition:

Zentrum. Steglitz, Albrechtstr. 6 II.

Neumann, C. W. W. (Kunst- und Antiquitäten), Grüne Str. 21.

Osten und Nordosten. Lichtenberg, Georg. Direktor, 3, d. L.

Schäffer, C., O. 112, Liebigstr. 10.

Kießling, R., N.D. 18, Landsberger Str. 97.

Zimmer, R., Nied. 18, Strausberger Str. 24 (Laden).

Süden und Südbaden. Stoll, Willi, SD 33, Manteuffelstr. 28.

Norden und Nordwesten. Norden und Nordosten. Steglitz, Albrechtstr. 6 II.

Reich, W., Goldiner Str. 31/32/1.

Pachmann, H., M. 113, Bornholmerstr. 96.

Wack, Otto, R. 63, Kantinenstr. 57.

Meiss, Reck, R. 65, Kenter Str. 28.

Fritsch, Leo, Schönhauser Allee 48a.

Siebel, Otto, R. 6, Kantinenstr. 19.

Parlus, Max, Nied. 10, Nied. 20.

Mosch, R., Nied. 12, Nied. 20.

Hornscheyer, Otto, Nied. 12, Nied. 20.

Westen und Südwesten. G. Walter, R.W., Kuhhirschstr. und Leinwand-Spedition, R. 8, Gronenstr. 2.

Torsteuer, Joh., R. 22, S. 22, S. 23, S. 24.

Leichte Kunst, R. 57, Steinwegstr. 22.

Charlottenburg. Ahrens, R. 57, Kaiserstr. 11/12.

Charlottenburg-Wilmersdorf. Kießling, R., Königin-Luisenstr. 66.

Friedrich, Paul, Friederikestr. 12.

Kießling, Paul, Friederikestr. 12.

Charlottenburg. Kießling, Paul, Friederikestr. 12.</